Zukunft. Gemeinsam. Gestalten.

An den Vorsitzenden des Rates der Stadt Meckenheim

Bürgermeister
Bert Spilles

Der Fraktionsvorsitzende

Joachim Kühlwetter
Siebengebirgsring 59
53340 Meckenheim
Tel: 0179-6851778
kontakt@joachim-kuehlwetter.de

Resolution zum Thema Flüchtlinge / In der Ratssitzung am 04.11

Der Rat der Stadt Meckenheim fordert von der Landesregierung NRW verbindliche Regeln für den Umgang mit Flüchtlingen

In Nordrhein-Westfalen werden bis zum Jahresende rund 150.000 Flüchtlinge erwartet. Ursprünglich war das Land von 100.000 Menschen ausgegangen. Derzeit kommen aber täglich bis zu 1.000 Menschen nach NRW. Allein 85.000 Flüchtlinge waren es bis Ende Juli. Derzeit werden die Kommunen mit der Problematik und den Kosten weitgehend alleine gelassen.

Ressourcen für ein umfassendes Aufnahmeverfahren müssen vom Bund und Land bereitgestellt und die gesetzlichen Verfahren eingehalten werden. Den ankommenden Flüchtlingen sollen ihre Perspektiven in Deutschland aufgezeigt werden und den aufnehmenden Kommunen soll Planungssicherheit gegeben werden.

Solange wir kein Einwanderungsgesetz haben, dass Menschen, die aus Armutsgründen zu uns kommen, einen legalen Weg in unser Land finden, müssen wir in der jetzigen Situation aus humanitären Gründen diejenigen bevorzugt aufnehmen,

die politisch verfolgt und in Lebensgefahr sind, und in ihre Heimat deswegen nicht mehr zurück können.

Deshalb fordert der Rat der Stadt Meckenheim

1. **Organisation** und Durchführung der Erstaufnahme müssen in NRW verbessert werden. Es müssen vom Land schnellstmöglich Erstaufnahmeeinrichtungen eingerichtet und geschulte Mitarbeiter bereitgestellt werden.
2. Flüchtlinge aus dem Westbalkan, die fast keine Aussicht auf Asyl haben, dürfen erst gar nicht an die Kommunen weitergeleitet werden, sondern müssen in zentrale Einrichtungen des Landes bleiben.
3. NRW muss endlich dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und den Kommunen alle Flüchtlingskosten erstatten. Die Landespauschale deckt im Durchschnitt gerade mal 22 Prozent aller kommunalen Kosten ab. Im vergangenen Jahr sind Städte und Gemeinden in NRW auf über 390 Millionen Euro nicht erstatteter Ausgaben sitzengeblieben.
4. Eilzuweisungen an die Kommunen, innerhalb von Stunden unvorbereitet bis zu 200 Flüchtlinge unterzubringen, müssen zukünftig unterbleiben. Vielmehr ist es Pflicht des Landes mehr reguläre Aufnahmeplätze zu schaffen.
5. Programme und Basissprachkurse zur besseren Einbindung von Flüchtlingen müssen zügig ausgebaut werden. Sprachkurse sollten für alle immer ohne Zeitverlust sofort beginnen, sie sind auch für diejenigen, die nach Hause zurückkehren müssen eine Bereicherung und verbinden diese auf positive Weise mit unserem Land.
6. vor der endgültigen Entscheidung über ein Asylantrag muss die Vorabprüfung von Qualifikationen bei Flüchtlingen mit sog. Bleibeperspektiven, damit diese zügig in Arbeitsvermittlungsprozesse eingebunden werden können. Eine Duldung kann im begründeten Fall schon vor Beginn der Ausbildung für die gesamte Dauer der

Berufsausbildung erteilt werden. Ausbildungsbetriebe und junge Flüchtlinge hätten somit mehr Rechtssicherheit.

7. die Sicherstellung, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Dabei soll die dezentrale Unterbringung in Privatwohnungen nach wie vor die bevorzugte Form sein. Bei der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften sollen die Kommunen i.S. einer schnellen Hilfe weiterhin eigenverantwortlich und unbürokratisch entscheiden können, welche Standards sie anlegen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Joachim Kühlwetter
-Fraktionsvorsitzender-
(im Original unterzeichnet und per E-Post versandt)